

Breslauer

Mittagblatt.

Dinstag den 29. Dezember 1857.

Beitung.

N. 606.

Telegraphische Depeschen der Breslauer Zeitung.

Paris, 28. Dezember, Nachmittag 3 Uhr. An heutiger Börse wurde als sicher mitgetheilt, daß die Bant den Diskonto für jetzt nicht weiter reduzieren werde. Als Consols von Mittags 12 Uhr 93½ eingetroffen waren, eröffnete die 3proz. zu 68, hob sich auf 68, 10, sank dann auf 67, 90 und schloß belebt und fest zur Notiz. Pro Januar wurde die 3proz. zu 68, 45 gehandelt. Consols von Mittags 1 Uhr waren gleichlautend 93½ gemeldet.

Schlüsse-Course: 3pct. Rente 67, 95. 4½pct. Rente 93, —. Kredit-mobilier-Aktien 822. Silber-Anleihe —. Österreich. Staats-Eisenbahn-Aktien 728. Lombardische Eisenbahn-Aktien 635. Franz-Joseph 475. 3pct. Spanier 37%. 1pct. Spanier 25½.

London, 28. Dezember, Nachmittag. Consols eröffneten 93½, stiegen auf 94½ und schlossen zur Notiz.

Consols 93%. 1pct. Spanier 25%. Mexikaner 20. Sardinier 85.

5pct. Ruppen 107. 4½pct. Ruppen 97. Lombardische Eisenbahn-Aktien —.

Der fällige Dampfer aus Newyork ist eingetroffen.

Wien, 28. Dezember, Mittags 12½ Uhr. Die Börse war lebhaft; es fanden Deduktionen der Contremine statt.

Silber-Anleihe 93. 5pct. Metalliques 80%. 4½pct. Metalliques 70%. Bank-Aktien 981. Bank-Int.-Scheine —. Nordbahn 177½. 1854er Loose 108%. National-Anlehen 83%. Staats-Eisenbahn-Aktien 296%. Credit-Aktien 213½. London 10, 18. Hamburg 78½. Paris 123½. Gold 7¾. Silber 6. Elisabeth-Bahn 101½. Lombard. Eisenbahn 113. Theis-Bahn 101½. Centralbahn —.

Frankfurt a. M., 28. Dezember, Nachm. 2½ Uhr. Anfangs höher, dann matter, schloß steigend.

Schlüsse-Course: Wiener Wechsel 111½. 5pct. Metalliques 75. 4½pct. Metalliques 66%. 1854er Loose 101½. Österreichisches National-Anlehen 78%. Österreich-Französ. Staats-Eisenbahn-Aktien 333. Österreich-Bank-Aktien 1096. Österreich. Credit-Aktien 192%. Österreich. Elisabethbahn 198%. Rhein-Rhine-Bahn 80%.

Hamburg, 28. Dezember, Nachmittags 3 Uhr. Börse animirt. Diskonto unverändert, bei der Staats-Diskontolasse von 10 auf 8 pct. ermäßigt.

Schlüsse-Course: Österreich. Loose —. Österreich. Credit-Aktien 107%. Österreich-Franz. Staats-Eisenbahn-Aktien 700. Vereinsbank 15. Norddeutsche Bank 76½. Wien —.

Hamburg, 28. Dezember. [Getreidemarkt.] Weizen fest bei geringem Geschäft. Roggen unverändert flau. Del loco 22, pro Frühjahr 24. Kaffee geschäftlos.

Liverpool, 28. Dezbr. [Baumwolle.] 10,000 Ballen Umsatz. Preise % bis ¼ höher.

Telegraphische Nachrichten.

München, 28. Dezember. Der preußische außerordentliche Gesandte, Kammerherr v. Bockelberg, ist heute Morgen verstorben. (S. unter Berlin.)

Paris, 27. Dezember. Der heutige "Moniteur" enthält ein Kaiserliches Dekret, durch welches der Senat auf den 18. Januar einberufen und das Bureau dieser Versammlung konstituiert wird. Marshal Bessières ist zum Vice-Präsidenten ernannt worden. Durch andere Decrete werden die Herren Leroy St. Arnaud, Admiral Grivel und Hubert Deslise zu Senatoren, so wie Herr Bataille zum Staatsräthe ernannt.

Nachrichten aus Neapel vom 22. Dezember melden, daß das Erdbeben hauptsächlich in dem diesseitigen Fürstenthum und der Basilicata Schaden angerichtet hat. Zu Potenza verloren 400 Menschen, zu Pola 300 Menschen das Leben; zwölf Dörfer sind fast gänzlich zerstört. Ingenieure, Sanitätsbeamte und Truppen sind zur Hilfe gefordert. Am 19. und 20. Dezember wurden in Neapel selbst neue Erdstöße verspürt, die jedoch keinen Schaden anrichteten. Auf Sicilien hat man keine Erdrüttung verspürt.

Paris, 28. Dezember. Man versichert, eine von Lord Canning eingegangene Depesche melde, daß nächstens 2400 Mann von Kalkutta nach China abgehen würden. — Der heutige "Moniteur"theilt mit, daß der dänische Gesandte gestern den Geheimrath Scheele dem Kaiser vorgestellt habe.

W e n e s .

Berlin, 28. Dezember. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Die Kreisrichter Knauth in Merseburg und Ramann in Suhl zu Kreisgerichts-Räthen zu ernennen.

Dem Geheimen Kanzlei-Sekretär Jahn im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ist der Charakter als Geheimer Kanzlei-Inspektor verliehen. — Die Anstellung des Schulamts-Kandidaten Johannes Baeck als ordentlicher Lehrer an dem Gymnasium zu Recklinghausen ist genehmigt worden. — Der Bureau-Assistent Blüm und der Hauptamts-Assistent Lincke sind zu Geheimen Kultusminister-Assistenten bei der General-Verwaltung der Steuern im Finanz-Ministerium ernannt worden.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem zur Dienstleistung bei des Prinzen Friedrich Wilhelm königl. Hoheit kommandirten Hauptmann v. Schweinitz des 1. Garde-Regiments zu Fuß, die Erlaubnis zur Anlegung des von des Königs der Niederlande Majestät ihm verliehenen Ritter-Kreuzes des Civil-Verdienst-Ordens vom niederländischen Löwen zu ertheilen.

Die Ziehung der 1sten Klasse 117ter königl. Klassen-Lotterie wird nach planmäßiger Bestimmung den 6. Januar f. S. früh 8 Uhr, ihren Anfang nehmen; das Einzählen der sämtlichen 95,000 Ziehung-Nummern aber nebst den 4000 Gewinnen gedachter 1ster Klasse schon den 5. Januar f. S. Nachmittags 3 Uhr, durch die königlichen Ziehung-Kommissionen öffentlich und im Beisein der dazu besonders aufgeforderten Lotterie-Gönner Stadtstrath Seeger und Lehmann hier selbst im Ziehungssaal des Lotteriehauses stattfinden.

Berlin, 28. Dezbr. Es ist verschiedentlich von den Zeitungen gemeldet worden, daß die Stadt Lübeck sich in der gegenwärtigen Handels- und Geldkrise an die preußische Regierung und insbesondere an die Seehandlung gewendet habe, um ein Anlehen zu erhalten. Ueber den Ausgang der betreffenden Verhandlungen sind vielfach unrichtige Angaben gemacht. Das Wahre an der Sache ist, daß nach dem Ergebniß der stattgehabten Berathungen die Stadt Lübeck selbst von ihrem früheren Wünche zurückgetreten ist. In solcher Weise hat diese Angelegenheit unter gegenseitigem Einverständniß ihre Erledigung gefunden, und wie dabei auf der einen Seite die bündesfreundliche Gesinnung gern betätiggt worden, so ist auf der anderen Seite die bereitwillige Anerkennung derselben nicht ausgeblieben.

Wir beeilen uns, in Folge einer früher von uns gegebenen Berichtigung die Mitteilung zu machen, daß eine neue Wendung in den noch immer schwedenden Verhandlungen in der Rübenzucker-steuerfrage eingetreten ist, und man nun, aber auch jetzt, den

Zusammentritt einer besonderen Konferenz beabsichtigt. Vorausgesetzt die Bestimmung aller Zollvereinsstaaten, ist der 7. Januar f. J. als Termin für den Zusammentritt der Konferenz anberaumt worden.

(Zeit.)

[Vom Hofe.] Am 23ten Abends beschenkte Ihre Majestät die Königin die Hofchargen im Schlosse zu Charlottenburg und am heiligen Abend 9 Uhr versammelten sich die sämtlichen Mitglieder des hohen Königshauses im Palais Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen und nahmen daselbst die Geschenke, welche Ihre Majestäten und die Prinzen und die Prinzessinnen sich gegenseitig gemacht hatten, in Empfang. Jedes Mitglied der königl. Familie hatte einen mit einem grünen Christbaum geschmückten Tisch und auf demselben befanden sich die mit dem Namen des hohen Gebers bezeichneten Geschenke. Für Se. königl. Hoheit den Prinzen Friedrich Wilhelm waren auch aus London sehr wertvolle Geschenke eingegangen. Nach der Weihnachtsbescherung blieben die hohen Herrschaften noch längere Zeit vereinigt und nahmen zusammen das Souper ein. Am ersten Festtag war Familientafel im Palais Sr. königl. Hoheit des Prinzen Karl. Am zweiten Festtag hörten die hohen Personen die Predigt in hiesigen Kirchen; Ihre königl. Hoheit die Frau Prinzessin von Preußen wohnte dem Gottesdienste in der Matthäuskirche bei. Um 4 Uhr Nachmittags fand im Palais Sr. königl. Hoheit des Prinzen von Preußen Familietafel und Abends eine Theegeellschaft statt. Gestern nahmen Ihre königl. Hoheiten bei Ihrer Durchlaucht der Frau Fürstin von Liegnitz im Prinzessinnen-Palais das Diner ein. Abends erschienen die hohen Herrschaften insgesamt in der Oper.

— Ihre königl. Hoheiten der Prinz und die Frau Prinzessin von Preußen wohnten am ersten Feiertage dem Gottesdienste in der Schlosskapelle zu Charlottenburg bei und kehrten von dort gegen 12 Uhr zurück. Später nahm Se. königliche Hoheit der Prinz den Vortrag des Wirkl. Geh. Legationsraths Balan entgegen. Gestern Vormittag hatte bei Sr. königlichen Hoheit dem Prinzen von Preußen nach dem Gottesdienste, welchen Höchstselbst wieder in Charlottenburg bewohnte, der Oberst Freiherr v. Manteuffel militärischen Vortrag.

— Se. königl. Hoheit der Prinz von Preußen nahm im Laufe des heutigen Vormittags die Vorträge des Geh. Kabinets-Rathes Illaire, des Wirklichen Geh. Ober-Regierungs-Rathes Costenoble und die militärischen Meldungen entgegen.

— Se. königl. Hoheit der Prinz Friedrich Wilhelm verweiste gestern Mittag längere Zeit auf der Wachtparade. Ihre königl. Hoheiten der Prinz und die Prinzessin Friedrich Karl trafen gestern Mittag von Potsdam hier ein, machten zunächst Ihren Majestäten in Charlottenburg einen Besuch und nahmen darauf an dem Diner bei der Frau Fürstin von Liegnitz Durchlaucht Theil. Nach dem Schluss der Oper kehrten Höchstselbst nach Potsdam zurück.

— Ihre königl. Hoheit die Großherzogin Mutter von Mecklenburg-Schwerin, Höchstselbe in diesen Tagen am königlichen Hofe zum Besuch erwartet wurde, ist durch eine Unmöglichkeit an der Reise verhindert worden und wird nun, wie es heißt, zum neuen Jahre von Schwerin nach Berlin kommen.

— Der General-Adjutant Sr. Majestät des Kaisers von Russland, General Graf Adlerberg II., ist von Würzburg ic., wohin er vor einer Zeit reiste, gestern früh wieder hier eingetroffen. — Der königliche Gesandte am Hofe zu Neapel, Freiherr von Canis, ist hier angekommen. — Der österreichische Gesandte am russischen Hofe, Graf Esterhazy, ist von Dresden kommend hier eingetroffen.

[Kammerherr v. Bockelberg.] Aus München erhalten wir die betrübende Nachricht, daß heute früh der diesseitige außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am königlichen bayerischen Hofe, Kammerherr von Bockelberg, daselbst gestorben ist. Derselbe stammte, so weit uns bekannt, aus einer altpreußischen Familie, welche von König Friedrich Wilhelm II. in den Adelstand erhoben wurde. Sein Vater diente im königl. Militär und war zuletzt preuß. Oberst und Hofmarschall am Hofe des Herzogs Eugen von Würtemberg zu Karlsruhe in Schlesien. Der Sohn betrat die diplom. Laufbahn, nachdem ihm bereits im J. 1829 die Kammerherrnwürde ertheilt worden war. Im J. 1833 fungirte er interimistisch als Legationssekretär zu Kopenhagen; ein paar Jahre später wurde ihm die Stelle eines Legationssekretärs am kaiserlichen Hofe zu Wien übertragen, ihm auch bald darnach der Charakter eines Legationsraths beigelegt. In dieser Stellung blieb er bis zu seiner Ernennung zum Minister-Residenten (1842), nachher Gesandten am großherzogl. hessischen und am herzogl. nassauischen Hofe. Als im Jahre 1848 Graf v. Bernstorff von München nach Wien versetzt wurde, erhielt Herr v. Bockelberg den Gesandtschaftsposten in München, von welchem ihn jetzt der Tod abgerufen hat. Er hat dort in schwierigen Zeiten dem Vaterlande anerkennungswerte Dienste geleistet und wurde von seinem König und Herrn für diese Dienste zuletzt mit dem Stern des rothen Adler-Ordens begnadigt.

(Zeit.)

Der Bericht der Louise-Friedrichs-Stiftung zu Berlin, behufs Ausstattung achtbarer und vermögenswoller Brautpaare zur Erinnerung an die am 20. September 1856 stattgehabte Vermählung Ihrer königl. Hoheit der Prinzessin Louise von Preußen mit Sr. königl. Hoheit dem Großherzog Friedrich von Baden, ist für den Zeitraum vom 20. September 1856 bis 15. Dezember 1857 erschienen. Die Stiftung, hervorgerufen durch ein Ereignis, welches die Herzen aller Preußen innig und freudig bewegte, weil es dem neuvermählten hohen Paare zwei deutsche Bruderstämme inniger und feierlich noch verband und neuen Segen für beide verbieß, begann ihre Wirksamkeit am Vermählungstage Ihrer königl. Hoheiten selbst. Die aufgebrachten Mittel ermöglichen es zwar, bereits an diesem Tage fünf achtbare Brautpaare auszustaffieren, es konnten jedoch nur vier der selben zur Ausstattung gelangen, weil inzwischen das fünfte von den in Vorschlag gebrachten Paaren das Vaterland verlassen hatte. In diesem Jahre sind noch vier andere Brautpaare hinzugegetreten, so daß in dem kurzen Zeitraume des Bestehens der Stiftung acht Brautpaare mit je Einhundert Thalern, in Summa also mit Achthundert Thalern, ausgestattet werden sind. Die Auswahl derselben ist, den statutarischen Bestimmungen gemäß, von der hohen Frau Protoktorin in der Art erfolgt, daß bei der Vertheilung der Ausstattungsgelder sechs Brautpaare christlichen und zwei mosaischen Glaubens, und unter ersteren

drei Paare evangelischer, drei Paare katholischer Konfession, so wie drei Paare aus dem Militär- und drei Paare aus dem Civilstande berücksichtigt werden sind. Außerdem ist der Verwaltungsrath in der Lage gewesen, den Grund zu einem Kapitale legen zu können (1900 Thaler). Gleichzeitig richtet derselbe an diejenigen, welche durch die Förderung edler patriotischer Zwecke, durch die Begründung häuslichen Glücks einem inneren Orange genügen, die Bitte um Zuwendungen.

Charlottenburg, 27. Dezember. Am Donnerstag, den 24. d. Mts., machten Se. Majestät der König mit dem Flügel-Adjutanten vom Dienst einen Spaziergang, fuhren dann mit Ihrer Majestät der Königin spazieren und nahmen bei dieser Gelegenheit im königlichen Marstall die neu angekauften königlichen Pferde in Augenschein. Zu dem Abends bei Ihren königlichen Majestäten im Schlosse zu Charlottenburg stattfindenden Weihnachts-Aufbau waren die unmittelbare Umgebung Ihrer Majestäten befohlen, und verweilten auch Se. Majestät der König kurze Zeit in der Gesellschaft. An den beiden Weihnachtsfeiertagen und auch heute wohnten Ihre königlichen Majestäten nebst den königlichen Prinzen und Prinzessinnen f. f. H. H. dem in der Schlosskapelle zu Charlottenburg gehaltenen Gottesdienste bei. Beide Majestäten machten täglich die übliche Spazierfahrt und promenirten im Schlossgarten.

(Zeit.)

Königsberg, 24. Dezember. Eine für den gesamten Sortiments-Buchhandel wichtige Entscheidung ist mit Bezug auf einen kürzlich hier vorgekommenen Fall durch das Geh. Ober-Tribunal ergangen. Ein hiesiger Buchhändler hatte eine von Leipzig ihm eingesandte unschuldige Schrift strafbare Inhalts zum Verkaufe ausgestellt. Er wurde deshalb aus § 151 des Straf-Gesetzes angeklagt. Der Angeklagte machte den Einwand, daß er den Inhalt der Schrift nicht gekannt und aus dem Titel derselben auch nicht habe errathen können. Das Gericht nahm diesen Einwand als erwiesen an und sprach ihn frei. Auf die seitens der Staats-Anwaltschaft eingelegte Appellation fand das hiesige ostpreußische Tribunal den Angeklagten einer fahrlässigen Handlungswise schuldig und verurteilte ihn zu einer Geldbuße von 10 Thaler. Das Ober-Tribunal hat jedoch diesen Ausspruch vernichtet und der angezogene § 151 nur eine vorsätzliche, nicht aber eine fahrlässige Handlungsweise kennt.

(R. 3.)

Düsseldorf, 24. Dez. Die hiesige Zeitung meldet: Gestern hat eine Versammlung der Gläubiger des Kunstinstituts von Arns und Comp. stattgefunden, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, das Geschäft fallt erläutern zu lassen, sobald ein Direktorium zu wählen und unter Leitung zweier Vorstände den Betrieb des Instituts, der allerdings auf die Erledigung der vorhandenen Aufträge zu beschränken sein wird, fortzusetzen. Die Summe der gestern angemeldeten Forderungen beläuft sich auf 165,00 Thlr. Es fehlt jede Übersicht über die von auswärtigen Bankhäusern, deren man zwei in Köln und eins in Berlin nennt, gegen Wechsel vorgelegten Summen, wie denn überhaupt viele Tratten erst nach mehreren Monaten zum Vorschein kommen dürfen. Unter solchen Verhältnissen ist auch nicht eine annähernde Schätzung der Bausumme möglich — man hört sie aber auf mindestens eine Viertelmillion Thaler angeben. Die im Corps befindlichen, zum Theil fürstlich unter der Erklärung: „Das Accept ist falsch“, protestierten, von der Firma Arns und Comp. gezogenen Wechseln lauten hauptsächlich auf drei Buchhandlungen, eine in Leipzig, die zweite in Stuttgart und die dritte in Stockholm. Sie waren meistens auf andere Städte (Börsenplätze) domiziliert und wurden früher immer dadurch gedeckt, daß die Aussteller den Bankhäusern, bei welchen die Tratten zahlbar gemacht waren, die Beträge bei Verfall einstanden. Nicht selten geschah diese Art der Deckung durch den Telegraphen. Bei dem gänzlichen Mangel aller Notizen über die Wechseloperationen (die betreffenden Bücher scheinen verloren und geflüchtet zu sein) ist es unmöglich, den Zeitpunkt des Ursprungs der begangenen Verbrechen festzustellen oder auch nur zu konstatiren, wie viel von den Accepten echt oder unecht sein mögen. Von der einen Seite ist man geneigt, die Verbrechen mehrere Jahre rückzudatieren, und zwar bis zu dem Zeitpunkte, wo das Geschäft definitiv in die Hände der Brüder Arns überging und einen auf fallend plötzlichen Schwung erhielt; von der anderen Seite hält man dafür, daß der verbrecherische Betrieb des Wechselhandels sich erst aus jüngerer Zeit herabreichen müsse, da es nicht denkbar sei, daß Fälschungen dieser Art lange unentdeckt blieben. Erst nach Ablauf aller Fristen wird es eventuell möglich sein, den schrecklichen Umfang des Betruges, der so viele hart betroffen, einigermaßen zu überschauen.

F r a n k f r i e i d .

Paris, 26. Dez. Die große Staatsraths-Sitzung, welche am Mittwoch unter des Kaisers Vorßig stattfand, ist dem Vernehmen nach keinesweges zu Gunsten der Ackerbau-Versicherungskassen ausgefallen; man hat sich aufs Neue davon überzeugt, daß diese Kassen nur dann so rasch und allgemein, wie der Kaiser es wünscht, wirksam werden können, wenn Versicherungs-Zwang eingeführt wird, man hat sich aber auch nicht verhehlen können, daß ein solcher Zwang eine sehr empfindliche Seite des französischen Landmannes stark verführen würde. Der Grundsatz, daß die Versicherungen gegen Hagel, Feuersbrünste und Überschwemmungen eine große Wohlthat für Frankreich seien würden, wenn eben das ganze Land gehalten wäre, seine Ackerbau-Habe zu versichern, wurde von Hrn. Perron, dem Abtheilungs-Chef im Staats-Ministerium, vertreten; seine bedeutendsten Gegner waren die Herren Bidal, General-Direktor der direkten Steuern, und Biutry, der für eines der begabtesten Mitglieder des Staatsrathes gilt. Diese Gegner des Planes wiesen namentlich auf einen grobartigen Versuch unter der Juli-Regierung hin, wo Notare und reiche Grundbesitzer eine große Versicherungs-Gesellschaft gegründet hatten, bei der nicht weniger als Alles verloren wurde und nur wenige Agenten Vortheil hatten. Die Verhandlungen nahmen so viel Zeit in Anspruch, daß man zu einer reiflicheren Erwägung der zweiten wichtigen Tagesfrage, wegen der Buchergesetz, nicht mehr kommen konnte. — Der „Indep. belge“ wird von hier geschrieben, Lord Stratford de Redcliffe habe durch Reshid Pascha's Vermittelung für 12 bis 15 Millionen (ob Piaster oder Francs, wird nicht gesagt) Schulden des Sultans gut gesagt, „offenbar in der Absicht, um zu seinen und zu Englands Gunsten einen Einfluß zu erlangen, der dem Gläubiger des Herrschers nicht entgehen könnte.“ Hieraus erfährt der Berichterstatter des genannten Blattes, dem wir natürlich die ganze Verantwortlichkeit für diese Behauptung überlassen, die Unterschrift, welche Lord Stratford Reshid Pascha geleistet,

beste Aussicht hatte, sicher wieder zu seinem Gelde zu kommen. — Der „Constitutionnel“ enthält heute wieder einen Artikel über die holsteinische Frage, worin darauf angespielt wird, daß diese eine europäische werden könne. Das „Pays“, das zuweilen vom Minister des Neufers inspirirt ist, nimmt diesen Artikel unter seinen Schutz. Die deutschen Regierungen werden jedoch wohl daran thun, sich an derartige Redensäften nicht zu kehren und mit aller Energie gegen Dänemark aufzutreten, um Deutschlands Rechte zu wahren. Der „Constitutionnel“ sagt, daß Frankreich, England und Russland darin einig seien, daß Deutschland sowohl, als Dänemark Konzessionen machen müßten. Was diese Einheit betrifft, so ist sie, wie ich aus guter Quelle weiß, nicht weit her, und weder Russland noch England wird den Degen ziehen, um in Gemeinschaft mit Frankreich für Dänemark einzutreten. In hiesigen wohl unterrichteten Kreisen ist man davon überzeugt. Man sagt dort sogar, daß man weder in London, noch in Petersburg, noch in Wien und Berlin gewillt ist, sich auf weiteres Konferieren einzulassen.

(R. 3.)

H u s s l a n d .

[Von der russischen Note an Dänemark in der holstein-lauenburgischen Frage.] hat der „Nord“ aus Frankfurt a. M. folgende Analyse erhalten, welche den Wortlaut des Textes genau wiederzugeben scheint: Das Kabinett von St. Petersburg spricht zuvordest die Ansicht aus, daß die Angelegenheit der Herzogthümer Holstein und Lauenburg in eine Phasie eingetreten sei, deren gewichtige Bedeutung man sich unmöglich verhehlen könne, da in der That einerseits der deutsche Bund die den lauenburgischen Ständen vor ihm gebrachte Beschwerde angenommen, andererseits Österreich und Preußen die holsteinische Sache bei demselben in Anregung gebracht, indem sie ihm über ihre fruchtlosen Bemühungen, durch direkte Unterhandlungen mit Dänemark die zwischen diesem und den holsteinischen Ständen schwedende Streitigkeit auszugleichen, Bericht erstatteten. Der frankfurter Bundestag finde sich also veranlaßt, einen Auspruch zu thun, wie der Artikel 31 der wiener Schlufkarte ihm hierzu das Recht und die Verpflichtung zuerkenne. Das kaiserliche Kabinett glaube nicht, daß es bezweifelt werden könne, daß der Bundestag, indem er dieses Recht ausübe und sich einer nicht minder unbefristbaren Verpflichtung entledige, streng in den Grenzen und Formen bleibe, welche die Bundes-Institutionen ihm vorschreiben. Der König von Dänemark habe daher in seiner Eigenschaft als Herzog von Holstein und Lauenburg eine Gelegenheit, den anderen Bundesmitgliedern gegenüber sich über die Punkte zu erklären, welche den Gegensatz dieser beklagenswerten Streitigkeit bilden, so wie über die Intentionen, welche ihn in der Ausführung der im Jahre 1852 gegen den Bund übernommenen Verbindlichkeiten leiteten. Die russische Regierung glaube, daß von diesen Auseinandersetzungen der Ausgang einer Sache abhängen werde, auf welche die Aufmerksamkeit Deutschlands gerichtet sei, und die Dänemark selbst in Spannung erhalte. Sie hält es also für unnütz, zu sagen, wie sehr sie wünsche, daß der König die Gelegenheit, die ihm geboten sei, ergreifen wolle, um die verhältnißmäßigen Gesinnungen, die ihn beeinflussen, zu bezeugen und auf unververständliche Art seine Absicht darzuthun, die Arrangements aufrecht zu erhalten, die zwischen Seiner Majestät und dem Bunde in Betreff des Herzogthums Holstein insbesondere festgelegt worden. — Das kaiserliche Kabinett wiederholt hier, daß Russland, wie es mußte (comme elle le devait), sich der Intervention in dieser Frage enthalten habe, die nach seiner Meinung zu ausstecherlichen Besitz des Staatsrechts Deutschlands gehörte, aber daß es dennoch nicht mit Gleichgültigkeit einen Zustand der Dinge sich verlängern sehen könnte, deßen Dauer, die Ruhe des Nordens Europa's kompromittirend, in keinem Falle die wahren Interessen Dänemarks fördern könne; daß ohne Zweifel das dänische Gouvernement wohl wisse, bis zu wie hohem Grade die Angelegenheit der Herzogthümer die Sympathien der Bevölkerungen in Deutschland errege, Sympathien, in Betracht deren man den deutschen Gouvernements, und vor allem dem österreichischen und dem preußischen, Dant sagen müsse, daß sie bis jetzt den Ausdruck derselben in gehörigen Grenzen zu halten gewußt, was diesen Gouvernements aber nur um so mehr Recht gebe, zu erwarten, daß Dänemark sich geneigt zeigen werde, zu einem gerechten und auch seinerseits ehrenvollen Arrangement die Hand zu bieten. — Die Depeche schließt mit der Ueberzeugung, daß diese Erwägungen der Weisheit des Königs und seiner Räthe nicht entgehen werden, deren Aufrichtigkeit das kaiserliche Kabinett sie ganz besonders empfiebt, indem es den Wunsch ausdrückt, daß das Gouvernement des Königs durch die Erklärungen, die es in der Lage sein werde, dem deutschen Bunde darzubieten, nicht den Weg zu einer friedlichen Verständigung (arrangement à l'amiable) werde verclieben wollen, die eben so sehr seine eigenen Interessen erheben, wie die Würde der Krone. Endlich fordert das russische Gouvernement seinen Repräsentanten auf, alle diese Erwägungen, bezüglich der nahe liegenden Folgen, die eine Verneigerung der Gerechtigkeit nach sich ziehen könnte, mit den Ausführungen zu begleiten, zu welchen seine genaue Kenntniß der Angelegenheit der Herzogthümer, wie die der Bundesgezegebung, ihn in Stand setze.

A m e r i k a .

Washington, 8. Dezember. Die erste Session des 35. Kongresses der Union ward gestern auf dem Kapitol eröffnet. Mit dem Beginne der Sitzungen geht die neue Regierung unter günstigeren Umständen ans Werk, als das vorige Kabinett. Im neuen Repräsentanten-Hause hat die demokratische Partei das Uebergewicht, und die Executive hat zum mindesten eine nicht ganz schwache Majorität. Im vorigen Repräsentanten-Hause war die republikanische Partei stärker vertreten, und die beiden Parteien waren so gleichmäßig abgewogen, daß es mit der Sprecherwahl und der Organisation des Bureaus nicht vom Flecke wolle und man mehrere Wochen mit fortwährenden vergeblichen Abstimmungen verbrachte. Die Waghalde neigte sich zugest, wenn auch nur sehr wenig, auf die Seite des Herrn Banks, des republikanischen Kandidaten für die Sprecherwürde, auf den die Demokraten des Südens mit wahrem Grauen blickten. Man bekämpfte ihn nicht nur, sondern verachtete ihn geradezu, und man hätte glauben sollen, mit seiner Ernennung wäre Verderben und Unheil auf alle Plantagen im Süden gefallen. Allein Herr Banks erwies sich als einen höchst unparteiischen, geraden und geschickten Sprecher, und die Bestürzung legte sich allmälig, da nach wie vor Baumwolle verkauft wurde, ja, die Waare nach dem Schlag, von dem man ihre Vernichtung erwartet hatte, noch im Preise stieg. Der ganze Kampf war ein schlagendes Beispiel von den außerordentlichen Uebertreibungen, zu welchen der Partegeist hinreist. Die Gründung des gegenwärtigen Kongresses war aber eben so ruhig, wie die des vorigen fürrisch war. Der demokratische Präsident hat eine entschiedene demokratische Majorität. Am Abend des 5. kamen die dieser Partei angehörigen Repräsentanten zusammen, einigten sich über ihre Kandidaten und erwählten dieselben gestern in drei Stunden, nämlich den Sprecher, den Sekretär, den Postmeister, den Thürsteher (einen wichtigeren Beamten, als man nach seinem Namen schließen möchte), und den Sergeant-at-Arms. Der gegenwärtige Sprecher ist der ehrenwerthe J. C. Orr aus Süd-Carolina. Nur noch eine Stelle bleibt zu besetzen, die des Druckers, und da dieses ein sehr einträglicher Posten ist — der letzte Kongress hat ungefähr 2,000,000 Dollars in diesem Departement verausgabt — so ist das Ringen nach der Stelle zu lebhaft, als das sich so ohne Weiteres darüber entscheiden ließe. Ein aus Mitgliedern des Repräsentanten-Hauses und des Senates bestehender Ausschuss machte gestern dem Präsidenten, wie es Sitte ist, seine Aufführung, um ihm anzuseigen, das beide Zweige der Gesetzgebung in gebührender Weise organisiert und bereit seien, die Mittheilungen, die er ihnen zu machen haben möge, entgegenzunehmen. Die Präsidenten-Botschaft wird daher heute verlesen werden, und da bereits zum Vorauß-Gemtpleare derselben nach den bedeutendsten Städten der Union geschickt worden sind, deren Abdruck beginnt, sobald der Telegraph meldet, daß die Verlesung in Washington anfange, so wird das Aktenstück in Newyork eben so schnell veröffentlicht werden, wie hier.

Newyork, 9. Dezember. Wie wir aus dem Berichte des Finanzministers ersehen, verausgabte die Regierung in dem am 30.

Juni 1857 abgelaufenen Finanzjahr 70,822,722 Dollars. Davon kommen auf die sogenannte „Civilliste“ 27,531,922, auf das Department des Innern 5,358,274, auf das Kriegsdepartement 19,261,774, auf die Marine 12,726,856 und auf die Nationalsschule 5,943,896 Dollars. Das Ausgabe-Budget für das laufende Jahr ist auf 74,963,058 Dollars veranschlagt. Am 1. Juli befanden sich im Schatz 17,710,114 Dollars. Die Einkünfte während des Vierteljahres vom 1. Juli bis 1. Oktober beliefen sich auf 20,929,819 D. Die vom 1. Oktober d. J. bis 1. Juli des nächsten Jahres werden auf 36,750,000 D. geschätzt. Zählt man die Einnahme und den am 1. Juli im Schatz befindlichen Überschuss von 17,710,114 D. zusammen, so erhält man die Summe von 75,38,933 D., was für das Ende des Finanzjahrs einen Überschuss von 426,875 D. ergeben würde. Die Nationalsschule war am 1. Juli auf 29,060,386 D. ermäßigt, und hat seitdem eine weitere Reduktion bis auf 25,165,154 D. erfahren. Dem Bericht des Kriegsministers zufolge zählte das Heer der Vereinigten Staaten am 1. Juli 15,764 Männer. In Anbetracht der Ruheschrüungen in Utah empfiehlt der Kriegsminister, daß selbe sofort um mindestens 5 Regimenter zu verstärken.

Der lezte Bank-Ausweis der newyorker Banken ergiebt einen Metallvorrath von 26,069,832 D. Am 14. Oktober, wo diese Banken ihre Zahlungen einstellten, hatten sie nur ungefähr 5,000,000 Dollars in ihren Kellern.

Breslau, 28. Dezember. [Sicherheitspolizei.] Gestohlen wurden: Nikolajir. Nr. 8 ein weiß- und grauhaariger fettmäuerer Frauenüberrock und ein weißer Unterrock; Ohlauerfr. Nr. 55 ein linsförmiger Bettwärmer mit einer Deckelschraube und zwei Henkeln versehen, Werth 3 Thlr.; von der nördlichen Seite der Kavallerie-Kaserne zwei Stück zinnde Abfalltröhren, von 11½ und 5 Fuß Länge; einem Herrn, angeblich während seines Verweilens in einer Restauratur auf der Schublade oder auf dem Nachhausbewege, eine goldene Cylinderuhr, auf 4 Rubinen gehend, mit einem Zifferblatt von Platina, ein Damenbett vorstellend, die Hinterseite ejekirt und war ein Frucht- und Blumenglas; Kur. u. Neumärk. 318 G. Posensche 97 G. Schlesische 82 G. Kur. u. Neumärk. 4 89 ¾ G. Pommersche 98 ¾ G. Posensche 89 G. Preussische 88 ½ G. Westf. u. Rhein. 4 89 ¾ G. Sachsenische 90 G. Friedrichsdor 113 ¾ G. Louisdor 109 ¾ G. Goldkronen —

Niederschlesische 89 ¾ G. dito Pr. Ser. I. II. 4 88 ¾ G. dito Pr. Ser. III. 4 88 G. Niederschl. Zweigb. 4 — Nordb. (Fr. Willh.) 4 45 ½ à 45 bz. dito Prior 4 — Oberschlesische A 142 à 142 ¼ bz. dito 133 à 134 ½ bz. dito C. 131 ½ à 1 ½ bz. dito Prior 4 — dito Prior. A. 4 — dito Prior. B. 3 ½ — dito Prior. D. 4 85 bz. dito Prior. E. 3 ½ — Oppeln-Tarnowitzer 4 66 bz. u. G. Prinz-Wilh. (St.-V.) 4 — dito Prior. I. 5 — dito Prior. II. 5 — dito Prior. III. 4 — dito Prior. IV. 5 — dito v. St. gar. 3 ½ — Ruhrt-Crefelder 3 ½ 90 G. dito Prior. I. 4 7 ½ — dito Prior. II. 4 — dito Prior. III. 4 3 ½ — Russ. Staatsbalmet. 4 — Stargard-Posener 3 ½ 97 ¼ bz. u. G. dito Prior. 4 7 ½ — Thüringer 124 ¾ bz. dito Prior. 4 98 ¾ G. dito III. Em. 4 47 ½ — Willens-Bahn. 4 43 à 43 ½ bz. dito Prior. 4 — dito III. Em. 4 41 ½ —

Von preußischen Fonds weisen Staatschuldsscheine eine Besserung um 1/4% auf; sie wurden mit 82 ½ gehandelt. Die 4 ½ % Anleihen, freiwillig eingeschlossen, wichen um ¼% auf 98 ¼%. Für Pfandbriefe war Begehr, man bewilligte für schlesische und westpreußische 1% mehr. Auch Rentenbriefe erhielten sich gefragt, und wurden schlesische ¾% besser mit 89 ¾ bezahlt. (B. u. H. S. B.)

 Berliner Börse vom 28. Dezember 1857.

Fonds- und Geld-Course.	Niederschlesische
Freiw. Staats-Anl. 4 ½ 98 ¾ bz.	dito Pr. Ser. I. II. 4 88 ¾ G.
Staats-Anl. von 1850 4 ½ 98 ¾ bz.	dito Pr. Ser. III. 4 88 G.
dito 1852 4 ½ 98 ¾ bz.	—
dito 1853 4 ½ 98 ¾ bz.	Niederschl. Zweigb. 4 —
dito 1854 4 ½ 98 ¾ bz.	Nordb. (Fr. Willh.) 4 45 ½ à 45 bz.
dito 1855 4 ½ 98 ¾ bz.	dito Prior 4 —
dito 1856 4 ½ 98 ¾ bz.	Oberschlesische A 142 à 142 ¼ bz.
Staats-Schuld-Sch. 3 ½ 82 ½ bz.	dito 133 à 134 ½ bz.
Präim.-Anl. von 1853 3 ½ 109 ½ bz.	dito C. 131 ½ à 1 ½ bz.
Berliner Stadt-Obl. 4 ½ —	dito Prior 4 —
Kur. u. Neumärk. 3 ½ 83 G.	dito Prior. A. 4 —
Pommersche 83 G.	dito Prior. B. 3 ½ —
Posensche 97 G.	dito Prior. D. 4 85 bz.
Schlesische 82 G.	dito Prior. E. 3 ½ —
Kur. u. Neumärk. 3 ½ 83 G.	Oppeln-Tarnowitzer 4 66 bz. u. G.
Pommersche 89 ¾ G.	dito Prior. I. 5 —
Posensche 89 G.	dito Prior. II. 5 —
Preussische 88 ½ bz.	Rheinische 93 bz.
Westf. u. Rhein. 4 89 ¾ G.	dito (St.) Prior. 4 —
Sachsenische 90 G.	dito Prior. 4 —
Friedrichsdor 113 ¾ bz.	dito v. St. gar. 3 ½ —
Louisdor 109 ¾ G. b. u. B.	Ruhrt-Crefelder 3 ½ 90 G.
Goldkronen —	dito Prior. I. 4 7 ½ —
	dito Prior. II. 4 7 ½ —
	dito Prior. III. 4 3 ½ —
	dito Prior. IV. 4 —

Ausländische Fonds.

Oester. Metall.	Oester. Bank-Anth. 4 ½ 143 ½ bz.
dito 54er Pr.-Anl. 4 77 ½ etw. bz.	Berl. Kassen-Verein. 4 124 ¾ bz.
dito Nat.-Anleihe 5 105 B.	Braunsch. Bank. 4 110 ½ à 110 bz.
Russ.-engl. Anleihe 5 80 bz.	Weimarische Bank. 4 105 ½ bz. u. B.
dito 5. Anleihe 5 105 ½ bz.	Rostocker 4 —
dito 5. Anleihe 5 95 ½ bz.	Geser 83 ½ à 84 etw. bz.
dito poln.-Schl.-Obl. 4 100 bz.	Thüringer 95 B.
Poln. Pfandbriefe 4 —	Bund. Nordd. Bank. 4 78 ½ à 78 ½ bz. u. G.
dito III. Em. 4 84 G.	Hannoversche 101 ½ bz.
Poln. Obl. à 500 Fl. 4 82 ½ G.	Bremen 105 etw. b. u. B.
dito à 300 Fl. 4 91 ½ bz.	Luxemburger 86 G.
dito à 200 Fl. 4 20 ¾ bz.	Darmst. Zettellbank. 4 90 ½ bz.
Kurless. 40 Thlr. 4 39 bz.	Darmst. (abgest.) 4 91 ½ à 91 bz.
Baden 35 Fl. 4 27 ½ G.	dito Berechtigung. 4 —
	Leipz. Creditib.-Act. 4 67 à 67 ½ bz.
	Meininger 81 etw. à 81 ½ bz.
	Coburger 63 ½ etw. b. u. B.
	Dessauer 4 44 ½ à 45 ½ à 45 ½ b. u. B.
	Jassyer 4 —
	Oester. 102 ½ à ¼ à ½ bz.
	Gosser 50 etw. b.
	Diac.-Comm.-Anth. 4 102 ½ à 100 ½ bz.
	Berl. Handels-Ges. 4 78 etw. b.
	Neiss.-Brieger 86 ½ bz. u. G.
	Preuss. Handels-Ges. 4 77 G.
	Schles. Bank-Verein 4 77 G.
	Minerva-Bergw.-Act. 4 80 bz.
	Berl. Waar.-Cred.-G. 4 96 etw. bz.

Preuss. und ausl. Bank-Aktionen.

Preuss. Bank-Anth. 4 ½ 143 ½ bz.	Amsterdam 1 k. S. 142 ½ bz.
Berl. Kassen-Verein. 4 124 ¾ bz.	dito 2 M. 141 ½ bz.
Braunsch. Bank. 4 110 ½ à 110 bz.	Hamburg 2 M. 151 ½ bz.
Weimarische Bank. 4 105 ½ bz. u. B.	Londou 3 M. 6 ½ 18 bz.
Rostocker 4 —	Paris 2 M. 79 ½ bz.
Geser 83 ½ à 84 etw. bz.	Wien 20 Fl. 2 M. 94 ½ bz.
Thüringer 95 B.	Augsburg 2 M. 1